

## **Kernforderungen der Wir! Stiftung pflegender Angehöriger**

München, 15.11.2024

### **1**

**"Pflegerische Angehörige" - eine rechtssichere Begriffsdefinition plus ergänzender rechtlich verankerter Tätigkeitsbeschreibung sind erforderlich.**

- Die bisher übliche, subsidiär zu leistende generationen-übergreifende Familienpflege ist in der hergebrachten Art und Weise künftig nicht mehr durchführbar. Die "Familie alter Art" ist in einem fundamentalen Wandel hin zu unverbindlicheren Lebensformen begriffen. Darunter leiden sowohl Pflegebedürftige als auch pflegende Angehörige.

### **2**

**Pflegerische Angehörige müssen im Spannungsfeld von Politik auf kommunaler - , Landes - und Bundesebene gleichberechtigte Partner in der Pflege sein.**

- Angehörige und deren Pflegebedürftige müssen an allen gesellschaftlichen Ereignissen teilhaben können
- Chancengleichheit aller muss hergestellt und auf Dauer gesichert werden.
- Organisation und individuelle Koordination der Pflege ist in die Verantwortung der Kommunen zu übertragen.
- Beratung muss wohnortnah, rasch verfügbar und auch zugehend erfolgen.
- Angehörigenkompetenz sollte als wesentlicher Wertbeitrag mit in professionelle Beratungsangebote einfließen.

### **3**

**Pflegerischen Angehörigen dürfen in ihrem Lebensalltag zwischen Existenzsicherung, Beruf und Familie keine Benachteiligung erfahren.**

- Die Vielfachbelastung pflegender Angehöriger durch Familie, Kindererziehung und Beruf darf nicht zu existenz- und gesundheitsgefährdender Benachteiligung führen.
- Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, der Abbau und die Vermeidung von Stressbelastung, finanzieller Ausgleich für geleistete Betreuungsarbeit sowie Rentenabsicherung sind hierzu erforderlich.
- Die Erstellung rechtlicher und finanzieller Grundlagen für informelle Angehörigenpflege muss angegangen werden. Angehörigenpflege ist kein Hobby oder irgendeine Nebentätigkeit. Solidarische Verantwortung und ehrenamtliches Tätigwerden wird stillschweigend erwartet. Eine veränderte Gesellschaftsstruktur lässt eine unversicherte Berufspause ohne Sozialabgaben und Einkommen nicht mehr zu.